Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.30 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 136. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 14. Juni 1933. | 15. Jahrgang.

Kirchliche Chronik.

Die Fronten in den Kämpfen um den Reichsbischof klären sich. Wir erheben freilich entschlossenen Einspruch dagegen, daß diese Klärung, wie es in einem Artikel des stellvertretenden Reichsleiters der Glaubensbewegung „Deutsche Christen", Pastor Lörzer, geschieht, so dargestellt wird, als habe sich nunmehr alles, was in Deutschland bisher noch innerlich nicht fertig wurde mit dem Nationalsozialismus und ungefähr alles, was noch orientiert war an der Gegnerschaft gegen die „Deutschen Christen", zusammengetan und einen Exponenten seines Wollens in Pastor v. Bodelschwingh herausgestellt. Diese Darstellung ist nach zwei Seiten hin als unrichtig zu bezeichnen. Einmal liegt Pastor v. Bodelschwingh eine Gegnerschaft gegen die „Deutschen Christen" völlig fern. Er ist im Gegenteil, wie dies schon wiederholt zum Ausdruck gekommen ist, immerfort bereit, sie zur Mitarbeit zu gewinnen. Zweitens gibt es aber auch eine ganze Reihe von Anzeichen, daß die Front für D. v. Bodelschwingh quer durch die „Deutschen Christen" und die nationalsozialistische Bewegung hindurchgeht. So sind gerade aus Ostpreußen eine ganze Reihe von Zustimmungserklärungen gekommen (Bad Neuhausen, Samland, Löwenhagen, Stallupönen, Kr. Rastenburg, Barten u. a.), in welchen zum Teil ausdrücklich erwähnt wird, daß die Schreiber den „Deutschen Christen" bezw. der nationalsozialistischen Partei angehören. — Ebenso steht in Mecklenburg, das sich ja als Kirche nicht für die Wahl D. von Bodelschwinghs ausgesprochen hat, eine große Zahl von Pastoren, unter der Führung des Landessuperintendenten *Voß, hinter* dem neuen Reichsbischof mit der Erklärung, „die Gegnerschaft gegen den Reichsbischof scheint uns in jeder Beziehung unbegründet und nach vollzogener Wahl unberechtigt. Auch die Glaubensbewegung „Deutsche Christen" hat keine evangelischen oder kirchlichen Gründe gegen D. v. B. vorbringen können". Freundlich gemeint, aber doch merkwürdig unklar ist demgegenüber die Ausdrucksweise des Landesbischofs D. Rendtorff, in der es heißt: „Jeder der beiden Männer ist zum Symbol geworden. v. Bodelschwingh ist das Symbol für die reine Innerlichkeit evangelischer Glaubenshaltung, für die stille Sammlung derer, die mit Ernst Christen sein wollen, für die undogmatische Liebe aus dem Glauben heraus. — Müller ist das Symbol für einen Protestantismus, der kämpft aus Gehorsam, Symbol des unbedingten Wollens, unserem Volke, wie es heute ist, das Evangelium zu sagen, das Symbol für die stürmisch wagende Tat der Jungen, für die Gewinnung der jungen Männer im braunen Hemd." — Auch Bodelschwingh kämpft ja aus Gehorsam und hat den unbedingten Willen, unserem Volk, wie es heute ist, das Evangelium zu sagen. Solche Formulierungen, wie die obige, gehen nach unserer Auffassung einfach aus einer Unkenntnis Bodelschwinghs und seiner Verkündigung hervor. Warum eröffnet man ihm, wenn es sich doch darum handeln muß, die Wahrheit über ihn zu wissen, nicht den Rundfunk, durch welchen ihn alle die hören könnten, denen er noch unbekannt ist? Aber gerade dieser letzte Punkt zeigt ja deutlich, daß die Klärung der Fronten sich auf einem ganz anderen Gebiete vollzieht, als dem von Pastor L. oben behaupteten. Nicht darum handelt es sich, ob die neue Kirche, bezw. ihr Führer, wirklich dem Volke dienen will, sondern darum, ob die Verkündigung des Evangliums politisch gebunden geschehen soll oder nicht. Wenn jetzt auch die Parteiformationen, sämtliche SA, SS, NSBO, ja selbst kommunale Gemeindevertretungen usw. zu Kundgebungen veranlaßt werden, wenn es in einem Briefe heißt: „Wir werden gezwungen, uns für Wehrkreispfarrer Müller einzusetzen", dann ist allerdings die Front deutlich genug geklärt. Wir hoffen, bis jetzt noch, daß wirklich der Glaubensgeist bei den „Deutschen Christen" zum Siege kommt, sonst müßte die Bewegung der Wahrheit gemäß ihren Titel ändern und sich „politische" Bewegung der „Deutschen Christen" nennen.

Sehr bemerkenswert ist, was ein Führer der Oekumenischen Bewegung der Christenheit, Pfarrer Köchlin in Basel, aus der ruhigeren Perspektive des Auslandes über den Kampf sagt:

„Es ist für jeden Außenstehenden ungeheuer schwer, das jetzige kirchliche Geschehen Deutschlands richtig und gerecht zu würdigen. Es ist Pflicht, auch dem scheinbar Unbegreiflichen mit ernstem Bemühen des Verstehens zu begegnen. Wir haben bereits Recht und Notwendigkeit selbständiger nationaler Entwicklung der neuen deutschen Kirche anerkannt. Wir anerkennen auch das ernste Bemühen der Glaubensbewegung deutscher Christen, Kirche und Volk wieder zusammenzuführen. Wir leiden viel zu sehr unter der Kluft, die zwischen beiden besteht, um dabei nicht unseren deutschen Brüdern Segen und Gelingen zu wünschen. Wir verfolgen dankbar, wie die theologischen Grundlagen der Bewegung, die anfangs in entscheidenden Punkten dem Evangelium schroff entgegenstanden, sich zu klären begannen und freuten uns, als sich die Möglichkeit zu zeigen schien, daß diese Bewegung in lebendiger, gegenseitig befruchtender Verbindung mit andern Strömen geistigen Lebens sich am gemeinsamen Neubau der Kirche beteiligen werde. Uns schien, Bodelschwingh könnte und müßte der einheitlich anerkannte Führer und Baumeister sein. Und nun wird uns seine Ablehnung zu einer ernsten Schicksalsfrage.

Wenn Bodelschwingh abgelehnt wird, so müssen Gründe maßgebend sein, die mit dem Evangelium wenig oder nichts zu tun haben. Und wenn vollends der ganze staatliche und nationalsozialistische Apparat für seine Bekämpfung zur Verfügung gestellt wird, dann geht offenbar der Kampf darum, ob in der Kirche das Evangelium Jesu Christi oder die jetzige staatlich anerkannte nationalsozialistische Weltanschauung ausschlaggebend sein soll. Da es bei dem Kampf, dessen Exponenten D. Bodelschwingh und Wehrkreispfarrer Müller sind, um Wesensart und durch sie bestimmtes Daseinsrecht der Kirche geht, so geht es um die Zukunft der deutschen Kirche. Es geht darum, ob sie in der ihr vom Reichskanzler zugesicherten Unabhängigkeit ihren unentbehrlichen Dienst als Verkündigerin des Evangeliums am Volk, am Staat, an den Parteien leisten kann oder nicht. Das mag eine innerdeutsche Angelegenheit scheinen, zu der der Ausländer schweigen soll. Die Folgen der Entscheidung in diesem Kampf reichen aber über die Grenzen Deutschlands hinaus und werden nach Deutschland zurückwirken. Man mag es verhältnismäßig leicht nehmen, wenn durch die politisch bestimmte Entwicklung der deutschen Kirche, wie sie durch eine Ausschaltung Bodelschwinghs aller Welt sichtbar würde, die ökumenischen Beziehungen schwer belastet, wenn nicht gar unmöglich würden. Immerhin steht dabei ein für ganz Deutschland, seine kirchliche wie staatliche Führung, wie uns scheint, sehr wichtiges Vertrauen auf dem Spiel. Bisher hat der deutsche Kirchenausschuß gemeinsam mit dem Gustav-Adolf-Verein den evangelischen Minoritäten deutschen Stammes unschätzbare Dienste leisten können. Es ist schwer einzusehen, wie eine politisch „gleichgeschaltete" Kirche und die ihr angegliederten freien Organe zu solchem geistlichen Dienst in bisheriger Weise zugelassen würden. Damit ginge aber diesen so sehr notleidenden, vielfach um ihre Existenz ringenden Minoritätskirchen ein menschlich gesprochen unentbehrlicher Dienst verloren. Auch die Missionsarbeit einer solchen Kirche würde wohl in sämtlichen nichtdeutschen Gebieten — und andere gibt es gegenwärtig nicht — auf allergrößte Schwierigkeiten stoßen.

Somit steht die ganze umfassende Mission der deutschen Kirche im Ausland in Frage. Welchen Reichtum und wieviel Segen einer Kirche und einem Volke verloren gehen, wenn die Erfüllung dieser Mission unterbunden oder gar verunmöglicht wird, ist aber ohne weiteres einleuchtend. Es mag Zeiten der Selbstbesinnung und Selbstbeschränkung geben, in denen die äußeren Aufgaben zurückzutreten haben. Der Weg in die Verbundenheit des Evangeliums mit den anderen Völkern muß aber offen bleiben. Er bleibt es nur, insoweit Vertrauen und Gewißheit darüber besteht, daß in der Kirche das Evangelium tragende Grundlage und die Vollendung des Gottesreiches letztes, unverrückbares Ziel bleibt." W..m.

◆

Die am 8. Juni in Hephata stattgefundene große Pfarrerversammlung der Landeskirche Hessen-Kassel nahm zur kirchlichen Lage Stellung und sandte an Reichsbischof von Bodelschwingh folgendes Telegramm:

„Von 176 in Treysa versammelten kurhessischen Pfarrern versichern 161 den Reichsbischof ihrer treuen Gefolgschaft und erbitten ihm Kraft und Weisheit, daß er in Verbindung mit dem bei den „Deutschen Christen" vorhandenen Erneuerungswillen und unter Abwehr aller reaktionären Widerstände das Werk der Kirche treibe."

Desgleichen wurde ein Telegramm an Wehrkreispfarrer Müller folgenden Inhaltes abgesandt:

„Erhoffen sehnlichst Einigung mit Reichsbischof von Bodelschwingh zur Erneuerung der Kirche."

Unterschrift 166 kurhessische Pfarrer."

Beide Telegramme wurden mit einer Ergebenheitsadresse an den Reichspräsidenten von Hindenburg und den Reichskanzler Hitler zur Kenntnisnahme gesandt.

Die Kleinen fangen gar nicht an
aus Furcht vor Hindernissen.
Die Mittelmäßigen hören auf
aus Furcht vor Hindernissen.
Die Großen aber halten aus
trotz tausend Hindernissen!

Umschichtung und Siedeln als Forderung der Weltwirtschaftslage.

Wenn die Reichsregierung sich entschlossen hat, ein teilweises Transfermoratorium einzuführen, so überrascht das niemanden, der die ständige Verkleinerung der Golddeckung kontrollierte. Ende Juni 1930 betrug der Bestand der Reichsbank an Gold und Devisen rund 3 Milliarden Reichsmark, heute noch nicht 300 Millionen Reichsmark. Der katastrophale Rückgang der Ausfuhr und damit des Außenhandelsüberschusses auf rund 40 Millionen Mark im Monat bei einer Zinsverpflichtung von etwa 1¼ Milliarde im Jahr oder 104 Millionen im Monat forderte ganz gebieterisch ein Transfer-Moratorium. Reichskanzler Hitler hatte sich schon als Führer seiner Partei dahin ausgesprochen, daß kommerzielle Verpflichtungen erfüllt werden würden, und als Staatsmann hat er sich zu diesem seinen Wort bekannt. Wenn also heute ein Transfermoratorium genehmigt wird, so bedeutet das nur einen Aufschub der Uebertragungspflicht fälliger Forderungen, die das Ausland an Deutschland hat, keineswegs aber eine Verweigerung der Zinszahlungen. Wir wollen es uns aber immer wieder in das Gedächtnis zurückrufen, daß **weit vorausschauendes Geld-denken der Weltfinanziers es fertig gebracht hat, daß ein guter Teil der politischen Schulden in kommerzielle umgewandelt wurden,** daß wir also in der Erfüllung kommerzieller Verpflichtungen doch indirekt eine Verpflichtung für die Abdeckung aus politischen Gründen entstandener Schulden übernommen haben.

Insofern ist Deutschland also auch heute noch der schlechtest gestellte unter den Schuldnern; denn es zahlt mit seinen kommerziellen Schulden einen Teil politischer. Heute rächt es sich, daß in vergangenen Jahren die damalige nationale Opposition in ihrem Kampf gegen Dawes- und Youngplan nicht gehört wurde, denn in diesen Plänen lag eine Umwandlungspolitik in kommerzielle beschlossen.

Für den Binnenmarkt hat die Golddeckung nicht die Bedeutung, die sie für die zwischenstaatliche Wirtschaft hat. Grund zu innerpolitischen Beunruhigungen ist also aus der Golddeckungsfrage nicht gegeben. Ob das Ausland ein Transfermoratorium zu Angriffen auf die Reichsmark veranlaßt, was weitere schwerwiegende Entschlüsse der Reichsregierung zur Folge haben müßte, muß abgewartet werden. Das Spekulantentum an den Auslands-Börsen, welches sich einer deutschen Kontrolle zu entziehen vermag, wird nichts unversucht lassen, um — sei es aus politischen, sei es aus kommerziellen Gründen — Unruhe zu schaffen.

Wer die Gesamtwirtschaftlage betrachtet, wird zu der Ueberlegung kommen, daß wir mehr und mehr in eine Autarkie hineingetrieben werden. Und es liegt nur an uns, diesem Zwang zuvorzukommen.

Wenn Adolf Hitler sich immer wieder zu den Notwendigkeiten eines Exportes bekannt hat, so findet dieses Bekenntnis seine Grenze an der Absatzmöglichkeit. Der Zwang zum Export ist einmal gegeben aus der Notwendigkeit, die eingeführten Rohstoffe, die in Deutschland weiter verarbeitet werden, zu bezahlen, dann aber auch, um den Zins-Verpflichtungen von etwa 1½ Milliarde Mark genügen zu können. Die Beschränkung der Einfuhr hat unweigerlich einen Rückgang der Ausfuhr zur Folge. Es gibt also auch da Grenzen. Freilich sind unsere handelspolitischen Möglichkeiten noch nicht erschöpft. Ich denke dabei ganz besonders an die Beziehungen zu einer Reihe von südamerikanischen Staaten, deren Handels-Bilanzen deutlich ausweisen, daß wir Deutsche weit mehr Erzeugnisse des betreffenden Landes einführen, als dieses Land deutsche Erzeugnisse aufnimmt. Betrachten wir einmal diese Handelsbilanzen, um zu erkennen, daß hier noch handels-politische Möglichkeiten liegen, die recht bald ausgeschöpft werden sollten im Interesse der deutschen Exportwirtschaft.

Argentinien Export nach Deutschl. Import von Deutschl.

1931	208,7 Million. Mark	174,0 Million. Mark
1932	191,6 Million. Mark	90,1 Million. Mark

Argentinien müßte also zur Glattstellung noch für 100 Millionen Mark deutsche Erzeugnisse aufnehmen, was

411 Städt. Bibliothek S 839

zehntausend deutsche Arbeiter und Angestellte beschäftigen würde.

Brasilien

1931	123,1 Million. Mark	66,7 Million. Mark
1932	81,4 Million. Mark	48,4 Million Mark

Wiederum müßte zum Ausgleich Brasilien für 32 Millionen Mark deutscher Waren mehr beziehen.

Statt dessen kauft es bei England und ist mit 1,6 Millionen engl. Pfund passiv. In Brasilien arbeitet englisches Kapital und sichert so den Absatzmarkt für engl. Produkte.

Chile

1931	41,8 Million. Mark	39,0 Million. Mark
1932	23,5 Million. Mark	8,3 Million. Mark

Deutschland bezieht für 15 Millionen Mark mehr von Chile als Chile von Deutschland.

Costa Rica

1931	17,3 Million. Mark	2,5 Million. Mark
1932	10,5 Million. Mark	1,4 Million. Mark

Die große Kaffeeaufnahme bewirkt, daß Deutschland für 9 Millionen Mark mehr bezieht als umgekehrt.

Guatemala

1931	50,2 Million. Mark	4,0 Million. Mark
1932	31,0 Million. Mark	2,3 Million. Mark

Starke Kaffeeaufnahme Deutschlands bewirkt, daß die Handelsbilanz für Guatemala stark aktiv ist. Wir hätten Anspruch darauf, daß Guatemala um 28 Millionen Mark mehr an Waren aus Deutschland aufnimmt.

Aehnlich liegen die Dinge in **El Salvador,** das um 10 Millionen Mark mehr an deutschen Waren beziehen müßte, in Uruguay, von wo Deutschland Wolle bezieht (ebenfalls 11 Millionen).

Es sollte und müßte unserer Handelspolitik gelingen, hier einen Ausgleich und damit hunderttausend Arbeitslosen Verdienst zu schaffen. Auslandskonkurrenz kann keine ausschlaggebende Rolle spielen, denn aus dem Zoll von eingeführtem Kaffee kann den nach den Kaffeeländern exportierenden Firmen eine Prämie gewährt werden, damit diese deutschen Firmen immer konkurrenzfähig bleiben.

Kaffeezoll ist ein Finanzzoll zur Befriedigung allgemeinen Finanzbedarfs. Wenn auf der Ausgabenseite 100 000 Arbeitslose, die dem Reich direkt und indirekt 100 Millionen Mark im Jahr kosten, verschwinden, auf der Einnahmeseite die Erlöse aus dem Kaffeezoll zurückgehen, weil eine Exportprämie zur Erhaltung der Absatzmärkte in Südamerika gewährt wird, so liegt m. E. immer noch ein Gewinn in solchem Vorgehen. Bedenkt man weiter, daß der eine und andere südamerikanische Staat den Ueberschuß, den er im Handelsverkehr mit Deutschland erzielt, dazu verwendet, um —anstatt deutsche Industrie-Erzeugnisse aufzunehmen — den Industriebedarf in Nordamerika, England und Japan zu decken, so erkennt man sehr deutlich den Aufgabenkreis der deutschen Handelspolitik, der sehr rasch in Angriff genommen werden müßte. Selbst bei Ausschöpfung dieser angedeuteten Möglichkeiten bleibt die Lage für die deutsche Exportwirtschaft doch so besorgniserregend, daß eine grundsätzliche Umstellung der Volkswirtschaft das Gebot der Stunde ist; angefangen von der Schiffahrt, dem Verkehr bis zur Umschichtung.

Die Rührigkeit der Bürgermeister der Freien und Hansestädte Hamburg und Bremen um die Hebung der Schiffahrt ist hoch anzuerkennen, aber wo die Exportwirtschaft stark eingedämmt ist, da ist jede Subvention an die Schiffahrt, in welcher Form sie auch gegeben werden mag, rein wirtschaftlich gesehen, ein Verlust-Posten. Das Prestige erfordert, daß die deutsche Flagge auf den Weltmeeren gezeigt wird, selbst wenn Dampfer halb leer ausfahren. Praktisch wird durch Subventionen nicht die Arbeit vermehrt, sondern nur die drohende Vermehrung der Arbeitslosigkeit aufgehalten. Die deutsche Schiffahrt hat bereits einmal eine Art Subvention, wenn auch unter anderem Namen, erhalten. Die Millionen sind verbraucht, der Rückgang konnte nicht aufgehalten werden.

Wo nichts zu fahren ist, da helfen Subventionen auch nicht. Die Schiffahrt ist eng mit der Ein- und Ausfuhrwirtschaft verbunden, sie steht nicht für sich allein.

Selbstverständlich ist unsere Schiffahrt im Nachteil, denn die übrigen Länder subventionieren ihre nationale Schiffahrt seit langem in großzügiger Weise. Da wir am Gold-Standard festhalten, den Schiffsbedarf zu einem guten Teile, die Löhne ausschließlich in Reichsmark bezahlen müssen, während die Schiffahrt der anderen Länder an der Wertminderung der Währung ihres Landes teilnimmt, ist die deutsche Schiffahrt in starke Bedrängnis geraten. Wie notwendig ihre Unterstützung aus Prestigegründen sein mag, wir dürfen doch nicht die Konstrukturänderung der Weltwirtschaft außer Betracht lassen und die Konsequenzen zu ziehen vergessen.

Eine Reihe von Ländern hat im Krieg eine Industrie aufgezogen, die geschützt zu werden wünscht, auch wenn sie nicht bodenständig gewachsen ist. In anderen Ländern ist die Entwicklung auf Grund ganz natürlicher Verhältnisse soweit herangereift, daß eine eigene Industrie Bestand hat oder daß überschießende Kräfte aus der bodenständigen Bevölkerung herausgewachsen sind, für die das betreffende Land gewerbliche und industrielle Arbeit schaffen mußte. Unter diesen veränderten Bedingungen gingen Deutschland alte Absatzgebiete ganz oder teilweise verloren.

Schluß folgt.

Mehr Außenpolitik!

Von Gustav Sondermann.

Wenn man die deutschen Menschen seit Jahren bei allen Gelegenheiten beobachtet — bei Gesellschaften, am Stammtisch, auf Wanderungen, im Urlaub und bei der Arbeit — und man fragt sich: über was unterhalten sich denn diese Menschen, so kann man ein zu hundert wetten, daß das Gespräch um die Innenpolitik geht.

Eigentümlich: der deutsche Mensch regt sich über irgendeinen örtlichen, für die großen Dinge recht unerheblichen, Skandal mehr auf, als z. B. über die Tatsache, daß in dem geheimen Militärvertrag zwischen der Tschechei und Polen, die Tschechei die Pflicht hat, im Falle einer kriegerischen Verwicklung zwischen Deutschland und Polen angriffsweise in den süddeutschen Raum vorzustoßen und den Main entlang die Verbindung mit der französischen Heeresmacht herzustellen. Dies bekräftigt noch die „Prager Rundschau", indem sie ganz offen schreibt: „Die Neutralität in irgendeinem allgemeinen oder europäischen Konflikt zu wahren, wäre für uns fast unmöglich. Wir werden, wenn es notwendig sein wird, einen Krieg immer als Verbündete großer Staaten führen!" Man sieht aus diesem einen Beispiel, wie selbst so ein innerdeutsches Gebiet wie Franken sich nicht fern von den Grenzen dünken darf, sondern daß es durch einen einzigen ernsten Konflikt über Nacht in die Zone kriegerischer Verwicklungen gerissen werden kann. Aber — wie gesagt — ein solcher Gedanke, eine solche Möglichkeit erregt die Gemüter der Menschen weniger, man nimmt sie kaum zur Kenntnis, denn man ist mit anderen und viel interessanteren Themen beschäftigt: Innenpolitik, Innenpolitik und nochmals Innenpolitik!

Die Reichsregierung empfindet diesen Mangel der deutschen Geistesverfassung, sicher war dies mit ein Grund, warum der Kanzler der NSDAP ein eigenes außenpolitisches Amt gegeben hat, und man darf mit guten Gründen annehmen, daß in Kürze auch der Reichsminister für Volksaufklärung sich mit seiner ganzen Wucht und Kraft auf diese außenpolitische Aufklärung stürzen wird. Man kann sich denken, daß er dorthin, wo sonstens in einer glücklicherweise verschwundenen Zeit die Vielzahl verhetzender Parteiplakate die Menschen angrinsten, Landkarten ankleben lassen wird, die uns zeigen: So, Deutscher, sind deine Landesgrenzen! Hier liegen die Gefahrenpunkte! Soweit geht der Aktionsradius, die Reichweite der feindlichen Flugzeuge und Kanonen! — Dies und noch viel mehr kann man von der Energie des Propagandaministers erwarten! Abgesehen von dem besonderen Sinn für Außenpolitik, den wir Deutschen leider nun einmal nicht haben, gehört zu einem wirklich außenpolitischen Denken ein gewisses Maß von Wissen. Und dies kann dem deutschen Volke anerzogen werden. Das muß schon in der Volksschule angehen, und diese Erziehungsbemühungen dürfen den Deutschen gar nicht mehr loslassen. Daß man an solche Pläne denkt, zeigen ja auch die Worte des Leiters des außenpolitischen Amtes, Rosenberg, der die Außenpolitik als eine Sache des gesamten Volkes und nicht nur einer kleinen Schicht bezeichnete.

Nun hat ein um Deutschland verdienter Mann ein kleines, 45 Seiten starkes Heft herausgebracht: Generaloberst von Seeckt, der Schöpfer der Reichswehr, ließ in der Hanseatischen Buchhandlung Hamburg, eine neue Schrift erscheinen: „Deutschland zwischen West und Ost" (brosch. 1,50 Mk.). Diese Arbeit ist nun geeignet, in weiten Kreisen den Blick auf die außenpolitischen Fragen zu wenden, gerade weil es kein kostspieliger dicker Wälzer ist und weil es die Dinge in jener knappen, klaren Sprache behandelt, die sofort den alten Generalstäbler verrät und an die geschliffene Sprache Molthkes des Aelteren erinnert.

Seeckt geht zunächst von der Tatsache aus, daß die realste Grundlage aller Politik der Boden ist; diese zeichnet er als die vielleicht einzige „gottgewollte Abhängigkeit", unter der sich die Geschichte eines Volkes entwickelt. Wir Deutsche können keine Politik machen wie Frankreich, England, Italien, Amerika, Rußland, sondern wir sind gezwungen, deutsche Politik zu treiben, gezwungen durch den Boden, auf dem wir leben, durch unsere geographische Lage. Seeckt umreißt dann in kurzen Zügen die ganz außerordentlich schwierige Lage unseres Landes, die gegeben ist durch die Mittelstellung in Europa ohne eine von Natur gegebene feste Begrenzung. Wie er im einzelnen die Schwierigkeiten an den verschiedenen Grenzen nun schildert, drängt sich einem das Bild auf von Deutschland als einer belagerten Festung, die Grund genug hat, stets den Blick auf ihre Grenzen zu halten und eifersüchtig über sie zu wachen.

Deutschland steht unter dem Doppelschicksal, bald einflußausstrahlend nach allen Seiten zu sein, bald sich solcher Einflußnahme von allen Seiten ausgesetzt zu sehen. Die stete Energieabgabe nach allen Seiten mußte das Zentrum schwächen und es Einflüssen von außen zugänglich machen. Seeckt warnt vor dem deutschen Verhängnis: Ausdehnung über die Grenzen alles Könnens und Verlust an der Grundlage der Kraft. Er ist kein Schwärmer, der etwa glaubt, ein anderes Volk könne und wolle uns in unseren außenpolitischen Schwierigkeiten helfen, er lehnt ebenso scharf die Befürworter eines Militärbündnisses mit Frankreich ab wie auch die Freunde einer Eingliederung

trinkt **Kathreiner,**
der Gehalt macht's!

Königin Elisabeth Christine von Preußen.

Da am 12. 6. 1933 zwei Jahrhunderte seit Friedrichs d. Großen Vermählung verstrichen sind, dürfte es auch für die preußische Geschichtsschreibung endlich einmal Zeit werden, seiner Gemahlin gegenüber gerechter zu werden. Mit Hilfe einer Anzahl bisher fast ganz unbekannter Briefe, die in deutscher Uebersetzung überhaupt noch nicht veröffentlicht worden sind, soll der Versuch unternommen werden, ihr wirkliches und wahres Bild an die Stelle des verzerrten zu setzen. Um es gleich herauszusagen: Elisabeth Christine von Braunschweig-Bevern war mit allen Reizen edelster Weiblichkeit und eines weit über den Durchschnitt bildungsfähigen Geistes ausgestattet und keineswegs das beschränkte Wesen, von dem der Klatsch spricht.

Die freilich nicht zu leugnende eheliche Entfremdung zeigt sich dem näher Zuschauenden als ein unabwendbares Geschick. Eine sogenannte „Schuld" liegt auf keiner Seite vor. Es lag zweifellos so, daß sich das fromme, warme, glaubenstreue Frauengemüt vor der übermenschlichen Taten- und Denkerlust und dem kühlen Hauche der Aufklärung, der sich Friedrich leidenschaftlich hingab, in sein Inneres zurückzog. Der Grund der Entfremdung lag weder auf körperlichem noch auf geistigem Gebiete, sondern auf seelischem, auf dem Gebiete des Gemüts. Sie hat nie geklagt. Nur die allervertrautesten Briefe an ihren Bruder Ferdinand verraten manchmal etwas von den Tränen einer enttäuschten Frauenseele...

Und doch waren auch dieser Frau etwa zehn überaus glückliche Jahre, meist in Rheinsberg verlebt, beschieden; setzte doch die Entfremdung erst ein, als der Gemahl die Krone trug. **Nach allen vorliegenden Zeugnissen ist an dem wahrhaft glücklichen Eheleben des Kronprinzenpaares nicht zu zweifeln.**

Rasch hatte sich die junge Frau in die neuen Verhältnisse geschickt. Von Jahr zu Jahr anmutiger und schöner werdend, wuchs sie infolge ihrer natürlichen Geradheit und Offenheit zu einer Zierde und zum beglückenden Mittelpunkte des kronprinzlichen Hoflagers heran.

Es ist natürlich nicht möglich, im Rahmen eines kurzen Aufsatzes näher darauf einzugehen, wie sich dort in Rheinsberg alles dazu vereinte, daß ihr noch im Alter diese Jahre als die Blüte ihres Lebens erschienen. Dazu muß man die idyllische Landschaft und alle Einzelheiten des Schlosses kennen, das der von der italienischen Studienreise zurückgekehrte geniale Knobelsdorf verschönert, und das Pesne an Wänden und Decken mit den heiteren Göttern des Olymps bemalt hatte. Es waren gegen fünfzig Wohnräume vorhanden, so daß immer Gäste zugegen waren. Jedenfalls reichten sich dort Landschaft, Schloß, ungetrübte Jugend, Poesie und köstliche Musik die beglückenden Hände.

Die Kronprinzessin hat sich damals auch als Porträtmalerin und im Radieren von Landschaften mit Glück versucht, wie aus Friedrichs eigenen Briefen an den Vater hervorgeht. Auch schrieb er damals: „Mein Haus ist in der Tat kein Ort, wo man sich mit Geräusch vergnügen könnte; aber sind Ruhe, Stille und Studium nicht bei weitem vorzuziehen den rauschenden und leichtfertigen Vergnügungen dieser Welt? **Ich habe nie so glückliche Tage verlebt,** als seitdem ich hier bin." Den Hauptanteil daran hatte doch aber seine Gattin! Bestand doch ihr Wunsch einzig darin, sich immer mehr in den Geist ihres vielbewunderten Gatten hineinzufinden. Gesteht doch auch Friedrich: „Sie ist von sehr sanfter Gemütsart, äußerst fügsam und im Uebermaß gefällig, sogar über alles das hinausgehend, von dem sie glaubt, daß es mir Vergnügen machen könne." Ganz sicher hat er später, besonders in Leidenstagen, manchmal seiner herzensguten Frau sehnsuchtsvoll gedacht!

Um Bildungslücken auszufüllen, vertiefte sich die hohe Frau sogar in das Studium der alten Klassiker und hörte Vorträge über Wolffsche Philosophie. Sie gewann allseitige Zuneigung. Bald war sie auch des rauhen Soldatenkönigs Liebling, trotzdem sie ihm den Thronerben immer noch schuldig geblieben war. Artige Briefe und Aufmerksamkeiten gingen hin und her. In einem ihrer Schreiben teilt sie dem Schwiegervater mit, wie wohl sie sich auf dem Lande fühle, „denn hier lebe ich mit demjenigen, der mir das Teuerste auf der Welt ist."

Auch die Königin gewann die Schwiegertochter herzlich lieb. Kam doch das Königspaar im 3. Jahr sogar einige Tage nach Rheinsberg, wo es an Jagd, Fischfang und Vogelschießen fröhlich Anteil nahm.

Außer Algarotti war auch ein Freiherr von Bielfeld gern gesehener Gast. Er hat die Kronprinzessin meisterhaft geschildert. Er berichtet: „Die Kronprinzessin ist groß und vollkommen wohl gewachsen. Ich habe niemals eine in allen ihren Verhältnissenn so regelmäßige Gestalt gesehen" . . „Die Güte ist auf ihrem Gesicht gemalt, und man kann wohl sagen, daß ihre ganze Gestalt von den Händen der Grazien zusammengesetzt worden ist, um eine große Prinzessin zu bilden." Dann heißt es: „Sie spricht wenig, vornehmlich bei der Tafel, aber alles, was sie spricht, ist geistvoll. Sie scheint Genie zu haben, das sie durch beständiges Lesen der besten französischen Schriftsteller noch mehr ausschmückt." Schließlich sagt er: „Niemals hat eine Prinzessin besser nach meinem Geschmack getanzt als sie. Ihre Haltung, ihre Miene ist zugleich majestätisch, ordentlich und vollkommen ungezwungen... bei Gelegenheit eines Balles, wo auch der Kronprinz mit seinem Gefolge, äußerlich glänzender als gewöhnlich, erschien, **hatte er doch nur Augen für den Tanz der Kronprinzessin."**

Es ist also mehrfach bezeugt, daß Elisabeth Christine zu einer hervorragenden Persönlichkeit herangereift war. Nach dem Zeugnisse des österreichischen Gesandten begann sie sogar Einfluß auf Friedrich zu gewinnen.

Schluß folgt.

Deutschlands in die Sowjet-Union. Er betont, daß bei die Beurteilung der Zuverlässigkeit außenpolitischer Beziehungen immer der Nutzen zu prüfen ist, den sie für den Partner haben. Außenpolitik ist eine kühle rechnerische Angelegenheit, die mit sentimentalen Vorstellungen und Vorurteilen nichts zu tun hat. So erwartet er von England keine Unterstützung auf unserem Zukunftswege, da England immer sich selbst treu blieb, es kann heute die Feindschaft Frankreichs nicht wagen, da seine Machtstellung sich durch die Entwicklung der Kriegstechnik (U-Boot, Flugwaffe!) grundlegend geändert hat; es kann aus sich selbst nicht eine Woche lang leben. Die englische Politik folgt stets der Volksstimmung, die sie selbst gemacht hat! So warnt Seeckt davor in Deutschland — englisch zu denken. S. streift dann unser Verhältnis zur Schweiz, zu Belgien, zu den Niederlanden. Von Italien stellt er fest, daß uns kein Gegensatz der Lebensinteressen scheidet; Deutschland wird Italien bei seinen Bestrebungen um die Weltgeltung an keiner Stelle im Wege stehen. Bei der Forträumung der Hindernisse kann eine Macht der anderen hilfreich sein. Keine Möglichkeit einer solchen Zusammenarbeit sieht Seeckt Frankreich gegenüber. Diese Frage führt er breiter aus u. kommt zu dem Schluß: das Ziel Frankreichs, die Ausdehnung seiner Macht nach Osten auf Kosten Deutschlands bleibt das gleiche. Er weist auf den 50-Kilometerstreifen entmilitarisierten deutschen Gebietes östlich des Rheins und deutet diesen als neue Vorbereitung weiteren Vordringens Frankreich nach dem Osten. Seeckt sieht von den drei möglichen Wegen Deutschlands Frankreich gegenüber: Unterwerfung, Verständigung oder Kampf, nur den letzten. Dieser ist uns seit Jahrhunderten aufgezwungen, und er dauert heute noch an; und er betont: Deutschland befindet sich wie stets in einem Abwehrkampf gegen die dauernde Vergewaltigung durch den westlichen Nachbarn.

Wenn man nun Frankreich sagt, denkt man immer gleich auch an Polen. Frankreichs Politik ging immer darauf aus, sich im Osten einen Genossen zu sichern, damit es Deutschland stets in einer Zange halten kann. Die ganze Gestaltung Polens stand unter dem Gedanken, im Osten Deutschlands eine diesem unbedingt feindliche Macht zu gründen. Und dieser Zweck ist gründlich erreicht worden. Man kann die Gefahr von Polen her gar nicht ernst genug nehmen, besonders weil Polen von sich aus die ungeheuren Rüstungsausgaben nicht mehr lange wird tragen können und deshalb danach trachten wird, vor dem finanziellen Zusammenbruch die Entscheidung über seine Wünsche herbeizuführen; und diese Wünsche gehen nicht nur auf Danzig und Ostpreußen, sondern weit nach dem Westen herein!

Zum Schluß kommt Seeckt auf unser Verhältnis zu Rußland zu sprechen. S. war von jeher ein Anhänger der Zusammenarbeit mit Rußland; selbstverständlich nicht unkritisch, nicht in der Art der Romantiker, die eine enge Anlehnung an Rußland verlangen. Er würdigt die innerpolitischen Schwierigkeiten, er sagt selbst: wenn wir wirklich annähmen, daß eine wirtschaftliche und politische Verbindung mit Rußland uns den Bolschewismus ins Land zöge, dann müßten wir sie allerdings abbrechen. Aber er weist auf das Vorbild Italiens hin, das ja wirklich mit dem innerpolitischen Kommunismus gründlich aufgeräumt hat und doch auf die Freundschaft mit Rußland nicht verzichtet. Man kann auch Amerika nennen, und vor allem die Türkei, in der der Kommunismus blutig unterdrückt wird und doch ein Bündnis mit Rußland besteht. Da das Buch Seeckts vor der deutschen Revolution geschrieben ist, legt es dem Nationalsozialismus den von diesem ja schon ausgesprochenen Gedanken nahe, daß nur ein wirklich nationales stark geeintes Deutschland eine Rußlandpolitik ohne innere Gefährdung treiben kann, und nach den Erklärungen des Kanzlers ist ja diese Frage auch eindeutig geklärt. Deutschland wird mit Rußland Politik treiben. Seeckt führt die Gründe an, die uns dazu zwingen, und auch vor allem die Gründe, warum Rußland uns und unsere Hilfe braucht; sie sind wirtschaftlicher, aber auch sehr realer außenpolitischer Natur, die Rußland zwingen, Wert auf die Beibehaltung der deutschen Politik zu legen. Seeckt schreibt: daß sich die offizielle russische Vertretung in Deutschland der Propagierung des Bolschewismus enthält, ist zu verlangen und zu erreichen. Die letzten Schritte der deutschen Regierung in diesem Punkte zeigen die Richtigkeit dieses Satzes. Seeckt mahnt: „Haltet mir nur den Rücken frei!" Er spricht in Sorge davon, ob wir noch einmal zwischen zwei Feinde genommen werden wollen. Mag auch heute ein Krieg gegen den Westen nicht drohend sein, was heute getan und unterlassen wird, kann sich in Jahren auswirken, und es gibt auch unblutige Schlachtfelder genug, auf denen Deutschland zu kämpfen hat, und auf denen es Unterstützung oder wenigstens Rückenfreiheit wohl brauchen kann. Seeckt schließt sein Werk mit den Worten: „Zwischen West und Ost liegt schicksals-, erdgebunden Deutschland. Es kann und soll sich nicht dem einen, nicht dem anderen verschreiben. Es soll freibleiben und Herr seines Schicksals. Zur Freiheit und zum Herrentum gehört Gesundheit, Einigkeit, Macht. Daher liegt der Grund aller Außenpolitik in dem Bestreben, daß wir wieder gesund, einig, mächtig werden."

Es schien mir notwendig, ausführlicher auf dieses Werk einzugehen, denn — man mag über die einzelnen Fragen vielleicht da und dort anders denken — aber der Grundzug der Anschauungsweise und die Art, wie Seeckt unsere Grenzen und unser Verflochtensein in die Gesamtheit der Mächte darstellt, sollte für uns Gelegenheit sein, uns immer besser in die außenpolitischen Fragen einzuarbeiten, damit hinter dem Kanzler in seinem schweren Kampfe um Deutschlands Weltgeltung ein Volk steht, das bereit und fähig ist, mit der ganzen Wucht eines bewußten Willens diesen Kampf zu unterstützen.

Weltwirtschaftskonferenz eröffnet.

Ernster Appell des englischen Königs an die Konferenzteilnehmer.

Die Eröffnungssitzung

Begrüßung der Konferenz durch König Georg

Die große Wirtschaftskonferenz in London, die wichtigste Konferenz, die je über das wirtschaftliche Schicksal der Welt entschieden hat, ist mit einer Ansprache des englischen Königs im Geologischen Museum in Anwesenheit von rund 200 Ministern, Politikern und Wirtschaftsführern aus 66 Staaten feierlich eröffnet worden. Kurz vor drei Uhr wurde der König an der Tür des Hauses vom Präsidenten des Kongresses, dem englischen Ministerpräsidenten Macdonald, und dem Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, empfangen und in den Sitzungssaal geleitet.

•

Die Rede des Königs

die von der Versammlung stehend angehört und von allen Sendern der Welt übertragen wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Zu dieser Zeit der weitverbreiteten Wirtschaftsnot heiße ich Sie mit einem Gefühl tiefer Verantwortlichkeit in diesem Lande willkommen. Ich glaube, daß es das erstemal in der Weltgeschichte ist, daß irgendein Souverän den Vorsitz bei der Eröffnung einer Konferenz aller Nationen der Welt geführt hat. Ich wünsche, meiner Genugtuung Ausdruck zu verleihen, daß eine solche Versammlung möglich ist und mein Vertrauen auszudrücken, daß dieses gemeinsame Bestreben zu einem nützlichen Ergebnis führen werde.

Ich heiße die Vertreter der Mitgliedsstaaten des Völkerbundes willkommen. Ich bin immer dem Werk des Völkerbundes mit der größten Würdigung und dem größten Interesse gefolgt. Der Völkerbund hat diese Konferenz einberufen und hat den Weg für sie durch die wertvollen Dienste des Sachverständigenausschusses vorbereitet. Ich zweifle, ob ohne den Völkerbund und ohne die Ideale des Völkerbundes diese große Versammlung jemals hätte stattfinden können. Ich bewillkommne nicht weniger herzlich die Vertreter derjenigen Staaten, die nicht Mitglieder des Völkerbundes sind. Ich erkenne den Geist der hilfreichen Zusammenarbeit an, der Sie dazu veranlaßte, an den Diskussionen teilzunehmen. Ich wünsche ferner, ein besonderes Willkommen an die Vertreter Meiner Dominien und Meines indischen Reiches hinzufügen."

Der König fuhr in französischer Sprache fort:

„Die Welt ist in einem beunruhigten Zustand. Für Sie, meine Herren, die heute die Arbeit des Wiederaufbaues beginnen, ist die Arbeit schwer. Sie wird nicht erfüllt werden, es sei denn durch guten Willen und aufrichtige Zusammenarbeit. Ich reiche Ihnen die Hand, und mit meinem ganzen Herzen wünsche ich, daß Ihre Anstrengungen zu einem glücklichen Ergebnis gebracht werden, das die Völker der Welt mit Ungeduld erwarten."

In englischer Sprache fortfahrend, sagte der König: „Alle Nationen leiden an einem gemeinsamen Uebel. Dies wird nur zu klar durch das Ansteigen der Arbeitslosenziffern. Die Bedeutung dieser Ziffern, ausgedrückt in menschlichen Leiden, ist in den letzten Jahren dauernd Gegenstand meiner Sorge gewesen, wie es auch die Sorge eines jeden von Ihnen, meine Herren, war, auf dem die Verantwortung der Regierung lastet.

Angesichts einer Krise, die alle einsehen und anerkennen, appelliere ich an Sie alle, um zum Wohl der ganzen Welt zusammenzuarbeiten.

Es kann nicht über die Macht der Menschheit hinausgehen, die ungeheuren Hilfsquellen der Welt zu benutzen, um einen wesentlichen Fortschritt der Zivilisation sicherzustellen. Keine Verringerung dieser Hilfsquellen hat stattgefunden. Im Gegenteil haben Entdeckung, Erfindung und Organisation die Möglichkeiten in einem solchen Ausmaß vervielfältigt, daß das Uebermaß der Produktion selbst neue Probleme geschaffen hat, und zusammen mit diesem erstaunlichen wesentlichen Fortschrit ist eine neue Anerkennung der gegenseitigen Abhängigkeit der Nationen und des Wertes der Zusammenarbeit unter ihnen eingetreten.

Jetzt ist die Möglichkeit, dieses neue Bewußtsein der gemeinsamen Interessen in den Dienst der Menschheit zu stellen. In diesem festen Glauben, daß gegenseitige Beratung ein erster Schritt auf dem Wege zur richtigen Handlungsweise ist, eröffne ich diese Konferenz. Ich werde Ihre Erwägungen mit dem engsten Interesse und Aufmerksamkeit verfolgen, und ich bete, daß die Ergebnisse Ihrer Bemühungen die Welt auf's neue auf den Weg des Wohlstandes und geordneten Fortschrittes bringen."

•

Macdonalds Willkommensgruß

Nachdem der König geendet hatte, entbot Macdonald als Präsident der Konferenz unter den Beifallskundgebungen der Delegierten den Willkommensgruß. 67 Regierungen, fuhr Macdonald fort, sind eingeladen worden, zehn davon sind nicht Mitglieder des Völkerbundes, und die Bedeutung, die unseren Zielen beigemessen wird, wird durch die Tatsache anerkannt, daß praktisch jede Regierung, die eingeladen wurde, die Einladung angenommen hat. In seinen weiteren Ausführungen betonte Macdonald mit Nachdruck die unbedingte Notwendigkeit, die Frage der Kriegsschulden zu klären, was ohne Verzug von den beteiligten Nationen geschehen müsse.

Lausanne, fuhr Macdonald fort, muß vollendet und diese leidige Frage ein für alle Mal im Lichte der gegenwärtigen Weltbedingungen erledigt werden.

Wie erinnerlich, hat die Lausanner Konferenz nach Beendigung ihrer eigenen unmittelbaren Arbeit festgelegt, daß für die Beseitigung der Weltkrise eine umfassendere Konferenz zusammengerufen werden sollte. In den dazwischen liegenden Monaten der Vorbereitung und Verhandlungen ist die Arbeit, die uns zugewiesen worden ist, nicht erleichtert worden.

Macdonald dankte dann den Sachverständigen für die mühevolle Arbeit der Aufstellung der Tagesordnung. Wir beraten hier, betonte Macdonald, was in erster Linie zu den Verantwortlichkeiten der Regierung und zu gemeinsamer Aktion gehört. Danach müssen die einzelnen Regierungen ihre eigenen Probleme der industriellen Politik in Angriff nehmen.

Wir dürfen keinen Mißerfolg erleiden

„Ich bin sicher," erklärte Macdonald, „daß wir alle von den schweren Verantwortlichkeiten wissen, die auf uns lasten. Der Zustand einer Generation kann durchaus von dem Mut und der Aufrichtigkeit und der Weite der Ansichten abhängen, die wir während der nächsten paar Wochen an den Tag legen. Eine kleinliche Politik wird diese Krisis nicht lösen. Wenn wir hier zusammenkommen in dem Bewußtsein, daß der dauernde Nutzen eines jeden abhängt von dem dauernden Nutzen aller, und entschlossen sind, bei einem Abkommen mitzuarbeiten, das eine Erneuerung des Wohlstandes möglich macht, dann werden wir Erfolg haben, und die Erwartung der Welt wird gerechtfertigt sein. Wir dürfen keinen Mißerfolg erleiden. Männer, die Erfolg haben wollen, müssen ihre Arbeit im Geiste von Männern aufnehmen, die bereits gesiegt haben. Wir geben der Welt als Grundton unserer ersten Versammlung, daß wir zum Erfolg entschlossen sind. Auch können wir keine Verzögerung zulassen, Schnelligkeit bei den Abkommen ist für den Erfolg wesentlich.

Lassen Sie die Welt wissen, daß wir Entschluß zeigen und Führer sein können. Unser Programm ist verwickelt und wirft Fragen auf, über die wir bisher Ansichten gehabt haben, die nicht miteinander in Einklang zu bringen sind. Trotzdem sind die Notwendigkeiten des Tages so dringend und die Erfahrungen dieser letzten paar Jahre sind so erleuchtend gewesen und gleichzeitig so tragisch, daß wir gewißlich unsere Arbeit mit beweglichen und biegsamen Sinnen beginnen müssen."

Neuer Mut und neues Vertrauen

Macdonald schloß: „Lassen Sie diese Londoner Konferenz der Welt neuen Mut und neues Vertrauen einflößen und lassen Sie sie das Ende der Jahre der Ungewißheit und jener Politik bedeuten, die über uns alle Not gebracht hat. Lassen Sie uns dafür Sorge tragen, daß, bevor wir auseinandergehen, wir Hoffnung, Energie und Gelegenheit wieder zum Leben erweckt haben. Darauf wartet die Welt, und es liegt in unserer Macht, sie zu geben."

Sturmzeichen in Oesterreich

Attentat auf Dr. Steidle und Landeshauptmann Rintelen.

Am letzten Sonntag wurden in Oesterreich zwei Anschläge verübt, in Innsbruck ein Revolverattentat auf den Landesrat Dr. Steidle, den Heimwehr-Sicherheitsinspektor von Tirol, und in Graz ein Bombenanschlag, der gegen den Landeshauptmann von Steiermark, Dr. Rintelen, gerichtet gewesen sein soll. Beide Anschläge, deren Motive und Hintergründe noch nicht bekannt sind, sind zweifellos Symptome der zunehmenden Verschärfung der Gegensätze, und es ist zu befürchten, daß sie, noch ehe die Täter überführt sind, einen Vorwand zu neuen Ausnahmemaßregeln geben werden, die zu allem anderen als zur Entspannung beitragen können. Ueber die beiden Ereignisse liegen folgende Meldungen vor:

Der Anschlag gegen Dr. Steidle

Landesrat Dr. Steidle hatte in Begleitung des Tiroler Gendarmeriekommandanten mehrere Stationen der neuen Hilfspolizei im Tiroler Unterlande inspiziert. Als sein Auto um 10 Uhr abends vor seinem Wohnhause in Innsbruck ankam und Dr. Steidle eben aussteigen wollte, krachten plötzlich fünf bis sieben Schüsse. Sie waren aus der Richtung eines blauen Steyr-Wagens abgefeuert worden, der auf der gegenüberliegenden Straßenseite im Dunklen stand. Dr. Steidle erlitt einen komplizierten Splitterbruch in der Ellenbogengegend. Der Chauffeur Dr. Steidles feuerte dem davonfahrenden blauen Auto nach, scheint aber nicht getroffen zu haben.

Schon am Sonntag vormittag war wiederholt in der Kanzlei Dr. Steidles angefragt worden, wo er sich befinde. Diese Anfragen wurden offenkundig mit verstellter Stimme gestellt. Nach dem Anschlag wurden sofort die entsprechenden Erhebungen eingeleitet und auch eine Untersuchung im Braunen Haus in Innsbruck vorgenommen. Mehrere Verhaftungen wurden durchgeführt. Verhaftet wurden u. a.: der nationalsozialistische Gauführer Franz Hofer, ferner der Standartenführer Hans Glück, der Landesbeamte Otmar Patisch und der Rechtsanwalt Dr. Denz. Ferner wurde der Besitzer des Gasthofes „Zum Bierwastl" namens Unterberger festgenommen. In seinem Gasthof sollen außergewöhnliche politische Besprechungen stattgefunden haben.

Das Attentat in Steiermark

Am gleichen Abend wurde in Steiermark ein Bombenanschlag verübt. Kurz vor 11 Uhr nachts explodierten am Nordeingang der Ortschaft Kirchdorf bei Bruck an der Mur zwei Sprengkörper, wodurch ein Bretterzaun zerstört und die Bretter auf die Bundesstraße geschleudert wurden. Durch die Explosion sind auch zwei Telephonfernleitungsdrähte gerissen. Unmittelbar nach der Explosion passierte Landeshauptmann Dr. Rintelen, der nach einer Versammlung in Bruck an der Mur auf der Heimfahrt nach Graz begriffen war, mit seinem Auto die Explosionsstelle.

Der Umstand, daß mehrere hundert Meter vor der Explosionsstelle die Bundesstraße durch einen Karren verstellt war, den der Chauffeur des Landeshauptmanns jedoch noch rechtzeitig sah, so daß das Auto abbremsen konnte, gab zu der Vermutung Anlaß, daß der Anschlag mit der Fahrt des Landeshauptmanns der die Stelle bereits 2½ Stunden vorher auf der Fahrt nach Bruck passiert hatte, im Zusammenhang stehe. An der Explosionsstelle wurden von der Gendarmerie zwei Mannesmannrohre gefunden, die als Explosionskörper gedient hatten und wahrscheinlich mit Ammonit gefüllt waren. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden.

Regierungsfeindliche Kundgebungen in Wien.

An verschiedenen Stellen der Stadt, insbesondere vor der Universität, dem Rathaus, in der Stadionsgasse, wo Knallfrösche geworfen wurden, und im Zeitungsviertel wurden am Montagvormittag Kundgebungen gegen die Regierung veranstaltet. Die Polizei, die rasch die Ruhe wiederherstellte, nahm mehr als 20 Personen fest.

Erklärung der österreichischen NSDAP

Der „Angriff" veröffentlicht folgende Erklärung der österreichischen Landespressestelle der NSDAP.:

„Die Landesleitung Oesterreichs der NSDAP. erklärt zu den Attentaten auf den Sicherheitskommissar Tirols, Dr.

Steidle, und den Landeshauptmann von Steiermark, Dr. Rintelen, daß die NSDAP. selbstverständlich den Anschlägen vollkommen fernsteht und weder die Urheber noch die Täter selbst kennt. Sie mißbilligt, getreu ihrer seit Jahren betonten legalen Einstellung, derartige Attentate, gleichviel von wem sie ausgehen, auf das schwerste, sieht sich aber andererseits zu der Feststellung gezwungen, daß diese Attentate durch die Terrormaßnahmen der höchsten Stellen direkt provoziert und heraufbeschworen werden."

Schließung des Braunen Hauses in Wien

Wien, 13. Juni.

Die österreichische Bundespolizei hat das Braune Haus in Wien besetzt und geschlossen. Gleichzeitig wurden auch sämtliche Bezirksheime der Nationalsozialistischen Partei in Wien besetzt und geschlossen.

Durchführung des Aufbauwerkes

Goebbels-Rede in Königsberg. — Generalangriff auf die Arbeitslosigkeit.

Anläßlich der Amtseinführung des neuen Orag-Intendanten, Generalmajor a. D. Hänicke, hielt Reichsminister Dr. Goebbels eine Rede, in der er Ostpreußen Grüße, Dank und Anerkennung des Reichskanzlers und der gesamten Reichsregierung überbrachte sowie den Wunsch aussprach, daß Ostpreußen immer die Perle im deutschen Lande bleiben möge. Eingehend behandelte der Minister dann die besondere Aufgabe des Ostmarkenrundfunks.

Anschließend empfing Minister Dr. Goebbels die Presse. In anderthalbstündiger Rede äußerte er sich hier grundlegend über das Wesen der deutschen Revolution. Am 30. Januar sei ein völliger Systemwechsel eingetreten; nunmehr gehorche diese Revolution ihrer eigenen Gesetzlichkeit, arbeite nach einer großen Planung, lasse sich ihr Tempo nicht von außerhalb bestimmen. Da die Wirtschaft von der Politik abhängig ist, müsse die Reform zunächst im Politischen einsetzen.

Die Gleichschaltung sei nichts anderes als die radikale Umgestaltung des Staates, der Parteien und aller Verbände zu einem großen Ganzen. Das ist der Schritt zum totalen Staat, der in Zukunft nur eine Partei, eine Ueberzeugung, ein Volk sein könne. Alle anderen Kräfte müßten sich diesem Staate unterordnen oder rücksichtslos beiseite geräumt werden.

Alle Probleme sollen diskutiert werden; der Staat als Staat darf aber nicht angegriffen werden. Der Begriff „Pressefreiheit", wie ihn die liberale Presse aufgefaßt hat, sei geistiger Anarchie gleichgekommen. Wenn eine Meinung verantwortungsbewußt getragen wird, dann wird man ihr nicht entgegentreten. Den Nationalsozialismus kann man nicht aus Büchern erlernen, man müsse ihn am eigenen Leibe erleben.

Nachdem wir die politische Bereinigung Deutschlands vollzogen haben, so fuhr der Minister dann fort, beginnt unser Generalangriff auf die Arbeitslosigkeit. Bereits heute sehen wir, daß die Arbeitslosenziffern über das saisonmäßige Maß hinaus zu sinken beginnen. Weil das Zutrauen zur Stabilität dieser Regierung so ungeheuer stark ist, vergibt der oder jener bereits wieder Arbeit. Aber der Staat wird und muß auch selbst mit der Arbeitsvergebung in großem Ausmaß beginnen.

Die Voraussetzung hierfür ist, daß der Bauer lebensfähig bleibt und deshalb war es die erste Aufgabe, die Existenz des Bauern durch eine Reihe von Zöllen zu unterbauen. Das ist noch kein Idealzustand. Dieser Zustand wird erst dann geschaffen sein, wenn die Menschen, in den Städten auch so viel verdienen, daß sie dem Bauer seine Produkte abkaufen können. Für die Dauer können erhöhte Zollsätze nicht helfen, sondern erst muß der Konsum beginnen.

Wenn die Regierung heute vor das Volk hintritt und sagt, wir wollen den Krieg gegen die Arbeitslosigkeit eröffnen, dann wird dieses deutsche Volk auch jenen Heroismus, jene unbedingte Opferwilligkeit aufbringen und auch den letzten Pfennig hergeben, um in tätiger Hilfe mitzuarbeiten. Um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, muß man sich große kühne Pläne stellen, um dem Volke auch bildlich zu zeigen, daß gearbeitet und geschafft wird. Das Programm der Regierung muß deshalb heißen: Bauen, bauen und nochmals bauen! Je früher sich die Regierung ihre Ziele steckt, je stärker sie das Volk aufrüttelt, desto früher lernt das Volk mitzuhelfen, desto eher werden auch die Säumigen mitgerissen, desto schneller wird es gelingen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Zum Schluß wandte sich der Minister nach einem Bekenntnis zum Frieden gegen die unverantwortliche Hetzpropaganda im Auslande. Die Presse forderte er auf, an dem Wiederaufbau mitzuhelfen. Jeder müsse von dem Gefühl durchdrungen sein: Ich bin auch ein Stück des Staates.

Mussolini an Göring

Berlin, 13. Juni.

Mussolini hat anläßlich der Einführung des Prinzen Philipp von Hessen, des Schwiegersohnes des italienischen Königs, als Oberpräsident für die Provinz Hessen-Nassau an Ministerpräsident Göring folgendes Telegramm gerichtet:

„Die außerordentlich herzlichen Glückwünsche, die Sie mir von Kassel aus an den für die deutsch-italienischen Beziehungen so erfreulichen Tag gesandt haben, habe ich mit besonderer Genugtuung erhalten. Ihre Worte sind mir eine neue Bestätigung des festen Aufbauwillens der deutschen Regierung und des deutschen Volkes."

Fördert die Arbeitsbeschaffung

Rundfunkrede des Staatssekretärs Reinhardt.

Staatssekretär Reinhardt, der Schöpfer des Gesetzes gegen Verrat an der deutschen Volkswirtschaft, erläuterte im Rundfunk die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes und wies nachdrücklich auf die strengen Strafbestimmungen hin.

Geboren sei das Gesetz aus dem Gedanken der Wahrung der Belange der Volksgesamtheit. Ohne Rücksicht auf unverbesserliche Schädlinge werde es so durchgeführt werden, wie die Interessen der Nation es bedingen.

Der Staatssekretär ging ferner noch auf die freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit ein und erklärte, daß sich an dieser Spende das gesamte deutsche Volk in allen seinen Schichten beteiligen solle. Je größer die Beteiligung unseres Volkes an der freiwilligen Spende zur Förderung der nationalen Arbeit sei, um so größer sei die Summe, die zur Vergebung öffentlicher Aufträge und somit zur Vermehrung der Arbeit, zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und zur Behebung der sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Not zur Verfügung stehe.

Auch der kleinste Betrag, der als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit gegeben werde, bilde einen Teil der Hilfe zur Gesundung von Wirtschaft und Finanzen.

•

Die ersten Spenden

Dem Vernehmen nach, sind die ersten Beträge für die Spende für Förderung der nationalen Arbeit bereits gezeichnet worden. Es befinden sich unter den Zeichnungen, die zahlreich einlaufen, namhafte Beträge von 100 000, 40 000, 30 000 RM.

Politische Rundschau

Professor Spranger zieht sein Urlaubsgesuch zurück. Der bekannte Berliner Pädagoge Universitätsprofessor Spranger hatte am 25. April sein Urlaubsgesuch eingereicht. Diesem Schritt kam demonstrative Bedeutung zu insofern, als man darin eine beabsichtigte Stellungnahme gegen eine Reihe von Maßnahmen des preußischen Kultusministers erblickte. Professor Spranger hat sich inzwischen davon überzeugt, daß die Gründe für sein Verhalten nicht stichhaltig waren und hat sein Urlaubsgesuch mit einer Erklärung, die er dem Kultusminister gegenüber abgegeben hat, zurückgezogen.

Reichsrat voraussichtlich am 22. Juni. Der Reichsrat, der ursprünglich am Donnerstag dieser Woche zusammentreten sollte, wird diese Sitzung nicht durchführen wegen des Fronleichnamsfestes. Die nächste Vollsitzung des Reichsrats ist für Donnerstag, dem 22. Juni zu erwarten.

Fürst Bismarck der deutschen Delegation zur Weltwirtschaftskonferenz zugeteilt. Mit der deutschen Delegation sind auch Fürst und Fürstin Bismarck eingetroffen. Fürst Bismarck ist der deutschen Delegation zu besonderer Verwendung zugeteilt.

Arbeitsdienst vor dem Effektivausschuß

Das Technische Komitee des Effektivausschusses der Abrüstungskonferenz nahm einen Bericht an, in dem u. a. gesagt wird, daß das allgemeine Verbot der vormilitärischen Ausbildung auf dem von Deutschland eingeführten obligatorischen Arbeitsdienst auszudehnen sei. Der deutsche Vertreter hat Vorbehalt eingelegt.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld. **„Es brennt an der Grenze."** Am Sonnabend abend wurde Hans Kyser's Schauspiel „Es brennt an der Grenze" als Freilichtspiel der NSDAP das erste Mal auf Olderdissen-Bielefeld aufgeführt. Unter der Leitung Fritz Brünskes kam die Darstellung zu ergreifender Wirkung. Das polnische Grenzproblem ist nun einmal einer der schmerzlichsten Punkte in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands. Man muß den Veranstaltern Dank wissen, daß sie durch die Aufführungen dem Bielefelder Publikum Gelegenheit gaben, etwas von dem Grenzgeist auf sich wirken zu lassen. Für Mittwoch, den 14. Juni und Sonnabend, d. 17. Juni, 20 bis 22 Uhr und für Sonntag, den 18. Juni, nachmittags 16 Uhr, sind noch Aufführungen vorgesehen. Es sollte niemand versäumen, für eine dieser Aufführungen sich rechtzeitig Karten zu besorgen.

Bielefeld. **Sonderzug zu den Volksfestspielen in Dortmund.** Zu den unter dem Protektorat des Reichsministers für Volksaufklärung, Dr. Goebbels, stehenden Volksfestspielen „Wilhelm Tell" in der Westfalenhalle in Dortmund wird am Sonnabend, den 17. d. M., ein Sonderzug mit 60 v. H. Fahrpreisermäßigung gefahren. Abfahrt von Bielefeld 14,58 Uhr; Fahrpreis 3,20 *RM*. Auch sind bei den Fahrkartenausgaben Eintrittskarten zu haben.

Bethel.

— **Christlicher Verein junger Männer.**

Dienstag 8¼ Uhr Mitgliederversammlung. Bericht über die a. o. Bundesvertretung v. Herrn Rußwurm.

Mittwoch, den 14. Juni, 3½ Uhr nachm. **Frauenhilfe.** Thema: Unsere evangelische Frauenhilfe und die neue deutsche Frauenbewegung.

Bausparbrief
der Bausparkasse Gem. d. Freunde Wüstenrot über RM 6000.— zu günst. Bedingung. **zu verkaufen.**
Fr. Wischmeier, Eickhorst 113
Kreis Minden i. W.



Pomol, die flüssigen
Bodensee-Aepfel
in eingedickter Form ohne Zusatz von Zucker, Konservierungsmittel usw., gar. reines Naturprodukt. 1 kg gibt 8–10 L. alkoholfr. Apfelsaft
1½ kg Kanne RM 7.70
4½ kg Kanne „ 22.05
frei Haus Nachnahme durch:
Sano-Fabrik Jenny
Lindau-Reutin (Bodensee)

Stellengesuche und Angebote
haben im „Aufwärts" **großen Erfolg!**



Erholungsaufenthalt im Wald!
Das Erholungsheim im Solling bei Dassel, Kr. Einbeck (Weserbergland) umgeben von herrlichen Fichten- und Laubwäldern mit prächtiger Fernsicht, bietet vorzügliche Erholungsmöglichkeiten. Bei Herz und Nerven besonders bewährt. Gelegenheit zu Waldwanderungen, Luft- und Sonnenbädern, Liegekuren, Diäten. Gute reichliche Verpflegung. Preise zeitgemäß. Prospekt einfordern. Anfragen an
Sekr. Friedr. Gramm.

Luftkurort Emdenau, Bad Wildungen Land
Christliches Erholungsheim, Waldecker Schweiz
Pension von RM 3.— an. — Luft-Sonnenbad, Liegehalle, Bäder, Wildg. Trinkkur. Illustr. Prospekt bei Angabe dieser Zeitung frei.

Augenoptik
Werkstatt
für Neuanfertigung und Reparatur
Bader
Optiker
Fernruf 1012
Bielefeld, Gütersloher-Straße 14

Für die Einmachzeit
zum Einkochen von Obst und Gemüse empfehlen wir Ihnen unsere bewährten
Aluminium-Einmach-Kannen



Gleichzeitig bieten wir Ihnen, in unserer eigenen Werkstätte hergestellte **Korbwaren, Sessel und Liegestühle** an.
Tiberias-Werkstätten
Bethel bei Bielefeld

M. v. Brandt
Bielefeld, Schillerplatz 12
An- und Verkauf von Grundstücken;
vorschußfreie Vermittlung von Hypotheken
Uebernahme von Hausverwaltungen und Versicherungen.
Beihilfe in Rechts-, Miet- und Versicherungsschaden-Sachen.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.